



## Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 21.04.2021

## Beschlussprotokoll

über die **3. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 20.04.2021, 16:07 Uhr bis 17:40 Uhr, Ratssaal

### I. Öffentlicher Teil

#### **1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

##### **1.1 Antrag des Seniorenvertreters Meurers vom 16.03.2021 betr. Abstellen von elektrischen Tretrollern**

#### **Beschluss (Antrag des Seniorenvertreters Meurers):**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zur Untersagung des Abstellens von elektrischen Tretrollern und Mietfahrrädern auf den Bürgersteigen entsprechend der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 20. November 2020, AZ. 11 B 1459/20 zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

##### **1.2 Antrag des Seniorenvertreters Meurers vom 22.03.2021 betr. Zufahrt zum Rheinauhafen**

#### **Mündlich geänderter Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss bittet die Aufsichtsratsmitglieder der HGK, sich für eine Lösung im Sinne des Antragstellers einzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

##### **1.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.03.2021 betr. Anbindung der Poller Wiesen während der Sanierung der Drehbrücke**

**verbessern: sichere Radwegeverbindung schaffen und bessere Erreichbarkeit für Fußgänger\*innen sichern!**  
**AN/0626/2021**

**Mündlich geänderter Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion, AN/0626/2021, wird als erledigt angesehen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

**1.4 Antrag der AfD-Fraktion vom 30.03.2021 betr.  
Aufnahme der Stadt Köln in die Applikation RADar  
AN/0632/2021**

**Beschluss (Antrag der AfD-Fraktion, AN 0632/2021):**

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung zur Prüfung der Teilnahme an bzw. die Mitgliedschaft in der Applikation RADar, einer bürgerfreundlichen Meldeplattform für Radverkehr prüft und hierüber in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss berichtet.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig **abgelehnt**

**1.5 Antrag der Ratsgruppe GUT vom 08.04.2021 betr.  
Fahrbahnflächen Luxemburgerstraße Neuaufteilung  
AN/0684/2021**

**Beschluss (Antrag der Ratsgruppe GUT, AN/0684/2021):**

Der Verkehrsausschuss bittet die Verwaltung zu prüfen, ob auf der Luxemburger Straße, zwischen Reisbergstraße und Eifelwall, eine Neuaufteilung der Fahrbahnflächen erfolgen kann. Gemäß einem Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 04.11.2019 (AN/1403/2019), soll in dem Abschnitt die rechte Fahrspur in einen Radfahrstreifen umgewandelt werden.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke. **abgelehnt**

**2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

**2.1 Wieder einen Haltepunkt in Rath/Heumar einrichten!  
Hier: Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 03.12.2020  
(AN/1271/2020)  
0277/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt sowie der Ratsgruppen GUT und Klimafreunde vom  
20.04.2021  
AN/0877/2021**

**1. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt sowie der Ratsgruppen GUT und Klimafreunde, AN/0877/2021):**

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt in Gespräche mit dem NVR zu gehen, um die mögliche Einrichtung eines Haltepunkts in Rath/Heumar an der Eiler Straße in den Planungen offen zu halten.“

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**2. Beschluss (geänderte Verwaltungsvorlage):**

Die Verwaltung wird beauftragt in Gespräche mit dem NVR zu gehen, um die mögliche Einrichtung eines Haltepunkts in Rath/Heumar an der Eiler Straße in den Planungen offen zu halten.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Kalk uneingeschränkt zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

**3.1 Baubeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Kalker Hauptstraße/Rolshover Straße/Kalk-Mülheimer Straße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-8-1096, Rolshover Straße/Kalker Hauptstraße/Sieversstraße-Umgestaltung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 1961/2020**

> Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 08.06.2021 einvernehmlich zurückgestellt. Es soll zunächst ein Fachgespräch mit Verwaltung und Verkehrsverbänden stattfinden.

**3.2 Radverkehrskonzept Innenstadt - Radfahrstreifen Riehler Straße 3111/2020**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/0879/2021**

### **1. Beschluss (mündlicher Antrag der SPD-Fraktion):**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob auf der Riehler Straße Tempo 30 eingerichtet werden kann.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

### **2. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, AN/0879/2021):**

Die Vorlage der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

1. In den Abschnitten, in denen kein motorisierter Verkehr kreuzt, ist eine bauliche Trennung mit flexiblen Trennelementen (s. Anlage 9) vorzusehen.
2. Um den Radverkehr vor kreuzenden Autos zu schützen, entfallen nicht baulich angelegten Stellplätze (z.B. Riehler Straße 73, Riehler Platz) bzw. werden in Radparken umgewandelt oder entsiegelt.
3. Das Querparken soll grundsätzlich aufgehoben werden.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

4. Der doppelte Linksabbieger von der Turiner Straße auf den Ebertplatz soll eine vorgezogene Fahrrad-Aufstellfläche bekommen.
5. Die Planungen sind auf die geplanten Maßnahmen an der Kreuzung Riehler Straße / Amsterdamer Straße sowie am Ebertplatz abzustimmen.
6. Der freilaufende Rechtsabbieger bis zum Ebertplatz soll mittelfristig, d.h. nach der Einrichtung der Radfahrstreifen, gemäß des Programms zum Abbau freilaufender Rechtsabbieger, zurückgebaut werden. Die Verwaltung wird gebeten, hierfür eine separate Planung mit den ggf. notwendigen, weitergehenden Umbauten im Kreuzungsbereich zu erstellen.
7. Die Verwaltung soll gemeinsam mit der KVB prüfen, ob alternative Bus-Haltepunkte identifiziert werden können, die verhindern, dass der Fahrradverkehr und der Bus sich die Spur teilen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

8. Die Verwaltung evaluiert nach einem Jahr die umgesetzten Maßnahmen auf ihre Verkehrssicherheit. Sollten weitere Maßnahmen zum Schutz der Radfahrer nötig sein, wird der Radfahrstreifen durch eine bauliche Trennung geschützt.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

### **3. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage):**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung:

1. Auf der Riehler Straße in südlicher Fahrtrichtung im Abschnitt zwischen der Bushaltestelle Worringer Straße (südlich Elsa-Brandström-Straße) und Greesbergstraße und in nördlicher Fahrtrichtung im Abschnitt zwischen Theodor-Heuss-Ring und der Spuraufweitung vor der Kreuzung Elsa-Brandström-Straße den jeweils rechten Fahrstreifen in einen Radfahrstreifen umzuwandeln und auf der vorhandenen Fahrbahndecke zu markieren. Die Anzahl der durchgehenden Fahrstreifen reduziert sich von drei auf zwei Fahrstreifen je Fahrtrichtung. Im Abschnitt zwischen Bushaltestelle Worringer Straße und Riehler Platz entfallen auf der Riehler Straße hierdurch 7 Kurzzeitparkplätze am Fahrbahnrand.
2. Auf der Riehler Straße auf Höhe des Ebertplatzes in beiden Fahrtrichtungen zwischen diesem neu einzurichtenden Radfahrstreifen und dem rechten Kfz-Fahrstreifen einen zusätzlichen Sicherheitsraum zwischen dem Radfahrstreifen und den Kfz-Fahrstreifen einzurichten.
3. Zur Herstellung und Verbesserung der Erreichbarkeit von Aufstellflächen in der Blumenthalstraße und der Clever Straße, zur Verbesserung der Befahrbarkeit im Rahmen der Öffnung der Einbahnstraßen am Riehler Platz, zur Verbesserung der Einfahrmöglichkeit in die Lupusstraße sowie zum Freihalten von Gehwegbereichen auf Höhe des Riehler Platzes insgesamt 12 Kurzzeitparkplätze zu entfernen.
4. Auf der Riehler Straße insgesamt 7 Kurzzeitparkplätze in Ladezonen (werktags 8 – 19 Uhr) umzuwandeln.

***Die Vorlage der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:***

5. In den Abschnitten, in denen kein motorisierter Verkehr kreuzt, ist eine bauliche Trennung mit flexiblen Trennelementen (s. Anlage 9) vorzusehen.
6. Um den Radverkehr vor kreuzenden Autos zu schützen, entfallen nicht baulich angelegte Stellplätze (z.B. Riehler Straße 73, Riehler Platz) bzw. werden in Radparken umgewandelt oder entsiegelt.
7. Das Querparken soll grundsätzlich aufgehoben werden.
8. Der doppelte Linksabbieger von der Turiner Straße auf den Ebertplatz soll eine vorgezogene Fahrrad-Aufstellfläche bekommen.
9. Die Planungen sind auf die geplanten Maßnahmen an der Kreuzung Riehler Straße / Amsterdamer Straße sowie am Ebertplatz abzustimmen.
10. Der freilaufende Rechtsabbieger bis zum Ebertplatz soll mittelfristig, d.h. nach der Einrichtung der Radfahrstreifen, gemäß des Programms zum Abbau freilaufender Rechtsabbieger, zurückgebaut werden. Die Verwaltung wird gebeten, hierfür eine separate Planung mit den ggf. notwendigen, weitergehenden Umbauten im Kreuzungsbereich zu erstellen.
11. Die Verwaltung soll gemeinsam mit der KVB prüfen, ob alternative Bus-Haltestellen identifiziert werden können, die verhindern, dass der Fahrradverkehr und der Bus sich die Spur teilen.
12. Die Verwaltung evaluiert nach einem Jahr die umgesetzten Maßnahmen auf ihre Verkehrssicherheit. Sollten weitere Maßnahmen zum Schutz der Radfahrer nötig

sein, wird der Radfahrstreifen durch eine bauliche Trennung geschützt.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

**3.3 Deutzer Brücke; Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Durchführung einer Nachrechnung auf Grundlage der „Richtlinie zur Nachrechnung von Straßenbrücken im Bestand (NaRiLi)“  
Machbarkeitsstudie zur Bauwerksertüchtigung und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung  
3080/2020**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf von Fachplanungsleistungen für die Nachrechnung der Deutzer Brücke nach der „Richtlinie des Bundes zur Nachrechnung von Straßenbrücken im Bestand“ in Höhe von rund 1.343.525 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des erforderlichen Vergabeverfahrens.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**3.4 Zoobrücke/Stadtautobahn B55a, im Bereich Zoo (Los Z1) und Deutz/Messe (Los D); Prüfsingenieurleistungen im Zuge der Bauwerksertüchtigung  
3164/2020**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf von Prüfsingenieurleistungen im Zuge der Bauwerksertüchtigungen Los Z1 und Los D gemäß Nachrechnungsrichtlinie in Höhe von rund 160.000 € brutto fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des zur Beauftragung eines externen Büros erforderlichen Vergabeverfahrens.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**3.5 Fahrplanwechsel 2020 - Erneute Prüfung einer Taktverdichtung der Linie 126 an Sonntagen  
0777/2021**

**Mündlich geänderter Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss folgt der Begründung der Verwaltung und spricht sich derzeit gegen eine Verdichtung der Buslinie 126 an Sonntagen auf einen 30-Minuten-Takt aus.

***Verwaltung und KVB werden jedoch gebeten - sobald belastbare Zahlen nach der Pandemie vorliegen – eine erneute Prüfung der Taktverdichtung vorzunehmen.***

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**3.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vergabe einer Modal Split-Erhebung im Rahmen der Erstellung des Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) 0036/2021**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die externe Beauftragung zur Erstellung einer Modal Split-Erhebung im Rahmen der Erstellung des Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP) in Höhe von rd. 250.000 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung des Vergabeverfahrens.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**3.7 Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung (Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP): Bedarfsfeststellung für die externe Beauftragung von Stufe 1 0313/2021**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die externe Beauftragung zur Erarbeitung der ersten Stufe des Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) mit den Arbeitspaketen 1 bis 7 (u. a. Zielbildung, Chancen- und Mängelanalyse sowie Strategieentwicklung) in Höhe von ca. 800.000 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung des Vergabeverfahrens.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

**4.1 Baubeschluss für den Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aache-  
ner Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich  
der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungser-  
mächtigung - hier: Finanzstelle 6601-1201-4-5044, Oskar-Jäger-Straße,  
Ausbau  
1349/2020**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.01.2021  
AN/0148/2021**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion, AN/0148/2021, ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.2 Stellplatzsatzung für Köln  
3217/2019**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. vom 27.04.2020  
AN/0503/2020**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 11.03.2021  
AN/0528/2021**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage und die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke., AN/0503/2020, und der SPD-Fraktion, AN/0528/2021, ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

- 4.3 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Perlengrabens zwischen Blaubach und der Severinsbrücke im Stadtbezirk Innenstadt sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstellen 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen und 6904-1302-0-2505, Hochwasserverschlusssystem Perlengraben 1747/2020**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die BV Innenstadt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

- 4.4 240. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP)  
Arbeitstitel: "gesamtstädtisches Radverkehrshaupttroutennetz"  
0248/2021**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:***

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, die 240. Änderung des Flächennutzungsplans „Gesamtstädtisches Radverkehrshaupttroutennetz“ gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

- 4.5 234. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes  
Arbeitstitel: "Quartiersentwicklung Simonskaul in Köln-Weidenpesch und  
Aufhebung der Verlängerung der Äußeren Kanalstraße in Köln-Bilderstöckchen, -Weidenpesch und -Longerich"  
0394/2021**



**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:***

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) dargestellten Bereich der "Quartiersentwicklung Simonskaul in Köln-Weidenpesch und Aufhebung der Verlängerung der Äußeren Kanalstraße in Köln-Bilderstöckchen, -Weidenpesch und -Longerich" eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten;
2. beschließt, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB durch einen Aushang (Modell 1) durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

**4.6 276. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0784/2021**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkungen zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat beschließt den Erlass der 276. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

**.Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.7 Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer; Baubeschluss 2695/2020**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Innenstadt der Vorlage uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

- 1) Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Abbruch und Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme (Planungs- und Baukosten) betragen voraussichtlich ca. 13,2 Mio. € brutto.
- 2) Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2021 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 12.988.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022 und 2023 (7 Mio. € in 2022 und 5.288.000 € in 2023) im Teilfinanzplan 1302, Wasser und Wasserbau bei Finanzstelle 6904-1302-1-0100, Ersatzneubau Kragplatte, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Die Deckung der Verpflichtungsermächtigungen erfolgt durch eine veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, ÖPNV – zu Lasten der Finanzstelle 6901-1202-0-0310,

am 20.04.2021

Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Bau-  
maßnahmen. Die zur Ablösung dieser Verpflichtungsermächtigungen notwendigen  
Kassenmittel werden im Rahmen des Hpl.-Entwurfes 2022 ff. in den Jahren 2022  
und 2023 entsprechend berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

--